



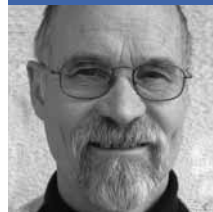
bewegt

www.gruenebern.ch

ökologisch konsequent. sozial engagiert. global solidarisch



Se faire entendre



« Quand la société s'engouffre dans l'absurde, il faut avoir le courage d'être différent, de nager à contre-courant ».

Cela exige beaucoup de cohérence, de détermination et de force mais l'état dans lequel se trouve actuellement notre planète ne mérite-t-il pas que l'on apporte sans hésiter sa pierre à l'édifice en pensant globalement et en agissant localement ? Je partagerai ici deux de mes motivations à entrer au Grand Conseil. Premièrement, il me paraissait important d'assurer une continuité dans le précieux travail commencé par Yves Leuzinger, d'être présent et se faire entendre sur la scène politique de la région et du canton. Depuis longtemps, ma sensibilité pour l'environnement fait partie de mon quotidien et se concrétise par bien des engagements; heureux grand-père depuis peu, l'avenir de mes deux petites-filles me motive à poursuivre dans cette voie.

Pierre Amstutz, Conseil d'Etat

Mit Initiative Druck aufsetzen

BERN erneuerbar: Wir starten

Das klare Ja der Delegierten der Grünen Kanton Bern am 6. Januar 2009 zur Initiative hat die Vorbereitungsarbeiten vorangetrieben. Am 15. April war Sammelstart. Die Grünen zählen auf die Kraft ihrer Mitglieder, um das hoch gesteckte Ziel zu erreichen.

Es ist dringender denn je,...

...den Grundsatz zur der Versorgung mit erneuerbarer Energie in die Berner Kantonsverfassung zu schreiben. Nur so lassen sich im Kanton wirkungsvolle Massnahmen für Energieeffizienz und für die konsequente Förderung von erneuerbaren Energien durchsetzen. Die Initiative BERN erneuerbar fordert diesen Verfassungsgrundsatz. Die Umsetzung wird ein Langstreckenlauf und schrittweise erfolgen. Die Technologien sind vorhanden, mit der Anwendung werden sie weiterentwickelt. BERN erneuerbar schafft neue Arbeitsplätze und ist eine Chance für Wirtschaft und Gewerbe. Allein der politische Wille bei den bürgerlichen Parteien ist (noch) Mangelware. Die einmal mehr ablehnenden Reaktionen dieser Parteien auf die Revision des Energiegesetzes haben es in aller Deutlichkeit gezeigt: Unsere Initiative ist nötiger denn je.

Die Zukunft gehört den Erneuerbaren,...

... denn im Kanton Bern ist ein grosses Potenzial an erneuerbaren Energien vorhanden. Wasser, Sonne, Holz, Abfallgas, Wind, Erde und andere erneuerbare sind die richtigen Energieträger der Zukunft. Sie benötigen keine risikoreichen AKW-Neubauten und hinterlassen kein unlösbares Abfallproblem. Schon heute basiert 60% der Stromerzeugung im Kanton auf erneuerbarer Energie, vorwiegend aus Wasser. Bis 2025 sollen es mit unserer Initiative 75% sein. Die Stadt Bern will bis 2039

vollständig auf AKW-Strom verzichten. Im Kanton soll das mit BERN erneuerbar bis 2035 möglich werden. Tausende von Solaranlagen auf Dächern oder anderen geeigneten Standorten werden dazu beitragen. Allein das Potenzial der Sonnenenergie stellt AKW-Energie in den Schatten. Unsere Zukunft ist solar, nicht nuklear!

Das Bewusstsein stärken – die Verschwendung stoppen...

...die Zielsetzungen von BERN erneuerbar werden es bewirken: Einen bewussteren Umgang mit Energie stärken und die sinnlose Verschwendung bremsen. Denn wer seinen Bedarf mit Ökostrom deckt oder sein Haus auf Minergiestandard umrüstet, wird automatisch auch bei Geräten und Apparaten effiziente Modelle wählen. Heute wird noch viel zu viel Energie ineffizient angewendet und gedankenlos verschwendet. Auch dieses Potenzial wird bei der Umsetzung von BERN erneuerbar genutzt werden können. Jetzt braucht es den Einsatz der Grünen, damit die Bevölkerung des Kantons Bern endlich den Weg zu einer besseren Energiezukunft unter die Füsse nehmen kann. Zusammen schaffen wir es.

Lilo Lauterburg, Grossrätin – für die Arbeitsgruppe Energie

Jetzt unterzeichnen - Unterschriftenbogen in der Beilage dieses Heftes oder auf www.gruenebern.ch

Inhalt



Seite 2
**BERN erneuerbar:
machbar und nötig**



Seite 3
**Grüne Ansätze
gegen die Krise**



Seite 5
**Pleiten-, Pech- und
Pannenshow**



Seite 7
**Vertrauen und
Unterstützung!**

Pauschalbesteuerung abschaffen



«Ob jung, ob alt, ob gross, ob klein, Steuerzahler muss jeder sein.» So steht es in einer Publikation der Berner Steuerverwaltung. Ich texte weiter: «Sogar

Ausländer/in darfst du sein. Megareich, aber ohne Einkommen, da bleibt die Steuerlast sehr klein.»

Im Kanton Bern profitieren 160 zumeist reiche Ausländer/innen von der Pauschalbesteuerung. Sie werden nicht nach Einkommen und Vermögen, sondern nach den Lebenshaltungskosten besteuert. Dabei resultiert ein Steuerertrag von 8 Mio. Franken. Gemessen an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Begünstigten ist das sehr wenig: Allein die Familie Bertarelli zahlt im Kanton Bern 25 Mio. Franken Steuern. Diese Privilegierung von ganz wenigen gehört abgeschafft. In Zürich haben die Stimmberechtigten einer entsprechenden Initiative zugestimmt. Nun muss der Kanton Bern nachziehen.

Maria E. Iannino Gerber, Grossrätin

KantonalSpots

■ Es grünt im Gürbetal

Im Januar 2009 wurde in Mühlethurnen eine neue Sektion der Grünen Kanton Bern gegründet: «Grüne Mühlethurnen – forum 3127». Die Partei startet mit 15 Mitgliedern und ca. 20 SympathisantInnen. Der Doppelname verweist auf die Wurzeln der Partei. Unter der Bezeichnung «forum 3127» existierte seit 2002 eine unabhängige Ortspartei, die das Erbe der nicht mehr aktiven SP angetreten hatte. Durch den Beitritt zu den Grünen will die Partei ihr Engagement für grüne, soziale Werte besser vernetzen und sich weiterhin für eine gute Lebensqualität einsetzen. Mühlethurnen ist eine Gemeinde mit 1300 Einwohnenden im Gürbetal. Ursprünglich landwirtschaftlich geprägt ist Mühlethurnen heute eine typische Pendlergemeinde mit starker Ausrichtung auf die Region Bern. Dies schlägt sich in der Politik nieder: In der SVP-dominierten Region erreichen linke und grüne Parteien in Mühlethurnen ein Wählerpotenzial von 35-45%. Im Herbst 2009 stehen die Gemeinderatswahlen an. Ziel ist, die bisherigen zwei Sitze zu verteidigen und einen dritten zu erringen.

Vollhahn Energie sparen

BERN erneuerbar: machbar und nötig

Nach dem Kollaps der Finanzmärkte werden staatliche Konjunkturpakete geschnürt. Die Krise wird zur Chance, wenn Energieeffizienz und erneuerbare Energien gefördert werden. Das schont das Klima und schafft Arbeitsplätze. Dank staatlicher Förderung erneuerbarer Energien sind in Deutschland in zehn Jahren 200 000 Arbeitsplätze geschaffen worden. Statt spekulieren, real investieren und dabei zukunftsfähige Energien vorantreiben – das will die Initiative BERN erneuerbar.

Es ist allen klar: Die fossilen Energien Öl, Kohle, Gas und Uran werden zuerst knapper, dann teurer und irgendwann gehen sie zur Neige. Wir müssen also unsere weitgehend fossile Energieversorgung in den nächsten Jahrzehnten auf erneuerbare Energien umbauen. Dass dies mit freiwilligen Massnahmen zu erreichen sei, glauben nur noch Marktideologen. Die Realität ist anders: Längst ist bekannt, dass sich das Klima erwärmt, und doch nimmt der Verbrauch fossiler Brennstoffe zu. Ex-Weltbankökonom Nicolas Stern spricht beim Klimawandel vom «grössten Marktversagen». Die Badwanne des Energiemarkts überläuft, bürgerliche Politik ruft auf, freiwillig aufzuwischen. Die Grünen dagegen wollen den fossilen Hahn langsam zudrehen und mit der Initiative BERN erneuerbar auf zwei bessere Hahnen setzen: nämlich auf Effizienz und erneuerbare Energien.

Effizienz und Suffizienz

Die Sanierung von Häusern bringt 40% Heizenergieeinsparung bei gleichem Komfort und weniger Kosten. Das gibt auch Arbeit fürs Bau- und Heizungsgewerbe. Nur schon durch Effizienzsteigerungen könnten 30 – 50% Strom eingespart werden. «Negakraftwerke» rentieren mehr als riskante Megakraftwerke. So rechnet EnergieSchweiz bereits mit 12 Rappen pro eingesparter Kilowatt-

stunde (kWh). Ein Beispiel: Würden für das Licht konsequent intelligente Lampen eingesetzt, würden im Kanton Bern ca. 500 Millionen kWh eingespart. Dies entspricht einem Fünftel des AKW Mühleberg (70 Nega-Megawatt). Und Effizienz rentiert, wie eine unverdächtige McKinsey-Studie zeigt: Weltweit sind 900 Mia. Dollar Wertschöpfung pro Jahr möglich.

Erneuerbare Quellen

Für Warmwasser und Heizungen sollen Holz, Wärmepumpen und Sonnenkollektoren eingesetzt werden. Diese zukunftsverträgliche Umrüstung bringt Arbeit und weniger Profit für Öl-Scheiche und Uran-Dealer. 50'000 Sonnenkollektoren sind in der Schweiz in Betrieb. Potenzial: 50 Mal mehr. Oder: In einer Biogasanlage werden landwirtschaftliche Abfälle mit Speiseresten vergärt, das Methan verbrennt und daraus entstehen Strom und Wärme. Eine typische Anlage von 100 Kilowatt versorgt 150 konventionelle oder 250 sparsame Haushalte mit Strom und trägt rund 10% zum bürgerlichen Einkommen bei. Im Kanton Bern gibt's erst 15 Anlagen. Der Anteil der Biomasse am Energiebedarf könnte von heute 3 auf 10% bis 2035 erhöht werden. Bei effizientem Energieeinsatz liegen gar 20% drin.

Kuno Roth, Leiter Greenpeace-Jugendprojekte



Delegierte diskutieren Wirtschaftskrise und ihre Folgen

Grüne Ansätze gegen die Krise

Im Zentrum der Delegiertenversammlung der Grünen Kanton Bern am 31. März 2009 stand die Diskussion über die Wirtschaftskrise. Die Podiumsteilnehmenden waren sich einig, dass die Krise auch eine Chance ist, um ökologisch wie auch ökonomisch nachhaltige Investitionen zu tätigen und die Wirtschaft im Sinne des Green New Deals zukunftsfähig zu gestalten.

Gastreferent Andres Frick von der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich (KOF) legte mit seinem Inputreferat eindrücklich dar, dass die laufende Wirtschaftskrise bereits Spuren hinterlassen hat und das, obwohl die Schweiz der Krise noch hinterher hinke. Er plädierte für pünktliche, vorübergehende und zielgerichtete Konjunkturmassnahmen. Wie solche aussehen sollen und können, diskutierten im Anschluss ans Referat die Grünen Bastien Girod (Nationalrat Zürich), Natalie Imboden (Stadträtin Bern) und Lisa Bürgi (AG Wirtschaft Grüne Kanton Bern).

«Mensch ins Zentrum rücken»

Bastien Girod betonte, dass die Grünen nicht nur von einer Finanzkrise sprechen sollten, sondern «von einer Multikrise, die eine Wasser-, Nahrungsmittel- und Ressourcen-Krise umfasst.» Unter dem Begriff Green New Deal verstehe er diesen umfassenden Ansatz. Hier werden grüne Umstrukturierungen und sozialer Ausgleich kombiniert. Natalie Imboden nannte als positives Beispiel die vorgezogenen Investitionen, welche in der Stadt Bern bereits letzten Herbst beschlossen worden sind und bald umgesetzt werden. Sie plädierte zudem dafür, dass wir wieder eine Wirtschaft brauchen, in welcher der Mensch im Zentrum steht («put people first»). Lisa Bürgi warnte vor überstürztem Aktionismus und betonte, dass sämtliche Massnahmen wohl überlegt sein müssten, wenn sie wirklich zielführend sein sollten. Die Grünen müssten noch weitere kreative Ideen entwickeln, welche Ziele sie



anstreben. Möglich wären beispielsweise zusätzliche Investitionen in die Gesundheitsbetreuung von alten Menschen.

Ortspartei Nummer 26

Die Delegierten genehmigten die Rechnung 2008, die bei einem Aufwand von rund 235'000 Franken mit einem kleinen Überschuss von 1'600 Franken abschliesst. Zudem wurden die Grünen Mühlethurnen als 26. Ortspartei unter das Dach der Grünen Kanton Bern aufgenommen. Die Partei ist aus dem forum 3127 hervorgegangen, das bereits seit Jahren sehr erfolgreich lokal politisiert (s. S. 2).

Für die Abstimmung vom 17. Mai 2009 haben die Delegierten folgende Parolen beschlossen: Nein zur Einführung von elektronisch gespeicherten biometrischen Daten im Schweizer Pass, Ja zum Gegenentwurf zur zurückgezogenen Volksinitiative «Ja zur Komplementärmedizin». Die Delegiertenversammlung beschloss zudem mit grossem Mehr bei 2 Gegenstimmen das Referendum «Nein zur Revision des Gesetzes über die berufliche Vorsorge» zu unterstützen.

*Sabine Zaugg, Monika Hächler
Co-Geschäftsleiterinnen Grüne Kanton Bern*

Initiative «BERNE RENOUVELABLE»

Dès la mi-avril 2009, la campagne pour l'initiative «Berne renouvelable» a été lancée. Le moment est particulièrement bien choisi puisque à la fin de l'année, le Grand Conseil devra entrer en matière puis discuter de la nouvelle Loi sur l'énergie; le moment est donc particulièrement favorable pour exercer une pression afin que des prescriptions soient édictées puis appliquées.

L'initiative «Berne renouvelable» poursuit les objectifs suivants: l'approvisionnement énergétique du canton doit être basé sur les énergies renouvelables, la consommation doit être réduite en augmen-

tant l'efficacité énergétique et en économisant l'énergie.

L'initiative est concrète: elle se réfère au «besoin en électricité» et au «besoin en chauffage et en eau chaude».

«Berne renouvelable»... est nécessaire!

Les requêtes pour de nouvelles centrales nucléaires et pour une exploitation illimitée de la centrale de Mühleberg montrent que les entreprises électriques ne sont pas prêtes à abandonner le nucléaire. Le moment est donc venu d'ancrer dans la Constitution cantonale le principe d'un

approvisionnement énergétique axé vers l'avenir, c'est-à-dire vers les énergies renouvelables.

«Berne renouvelable»... est réalisable!

La meilleure énergie est celle que l'on ne consomme pas! Des études prouvent que l'on peut diminuer de 30 à 50% la consommation d'énergie en augmentant l'efficacité énergétique des appareils, des installations, des bâtiments et en économisant. La conversion vers les énergies renouvelables n'est pas une question de faisabilité technique mais plutôt d'une volonté politique.

«Berne renouvelable»... apporte des avantages!

Un soutien clair aux énergies renouvelables permettra de renoncer aux centrales nucléaires, réduira les émissions de CO2 et favorisera les investissements locaux. Les valeurs ajoutées iront aux petites et moyennes entreprises de Suisse. Notre dépendance envers les pays exportateurs de pétrole et de gaz diminuera. L'investissement dans l'efficacité énergétique et les énergies renouvelables créera de nombreux postes de travail à haute qualification.

*Pierre Amstutz, député,
Les Verts Jura bernois*

Junge Grüne schauen hinter die Kulissen einer Bank

Alternative zur UBS?

Die jungen grünen bern besuchten die Alternative Bank Schweiz. Sie lernten Neues über die Geschäfte und Grundprinzipien der etwas anderen Bank.

Am 10. März 2009 reiste eine Gruppe der jungen grünen bern nach Olten, um die Alternative Bank Schweiz (ABS) zu besichtigen. Rico Kessler, Kundenberater der ABS, nahm uns am Bahnhof in Empfang und gestaltete für uns einen interessanten und informativen Nachmittag. Wir interessierten uns angesichts der momentanen Bankenkrise sehr für das alternative Geschäftsmodell der ABS. Rico Kessler führte uns in die Grundlagen der Bankgeschäfte (Anlageberatung, Privatkonten, Kredite und Aktienhandel) ein. Er zeigte uns auf, wo die Unterschiede zu einer «gewöhnlichen» Bank liegen und stand all unseren Fragen Rede und Antwort.

Grundprinzipien treu bleiben

Die ABS wurde 1986/87 als Spar- und Kreditbank gegründet. Sie gab sich zugleich einen

gesellschaftspolitischen Auftrag. Die Forderung nach einer alternativen Bank entstand auf Grund der Kritik in den achtziger Jahren am Finanzplatz Schweiz. Als die ABS ihre Tätigkeit aufnahm, lautete ihr Kredo: keine Beteiligung an Börsenoperationen, keine internationalen Bankgeschäfte, keine Arbeit mit Geldern zweifelhafter Herkunft, Beschränkung auf die klassischen Operationen einer Spar- und Kreditbank unter Beachtung klarer ethischer und ökologischer Richtlinien für die Anlagepolitik. Dies bei einer teilweisen Aufhebung des Bankgeheimnisses und strikter Gleichstellung der Geschlechter.

Diese Grundsätze gelten bei der ABS natürlich noch bis heute. Sie richtet ihre Unternehmensstrategie nicht auf Profitmaximierung aus und stellt stattdessen ethische Grundsätze, wie Sozialverantwortung und Umweltverträglichkeit in den Vordergrund.

Trotzdem hat sich die ABS seit ihrer Gründung verändert. Sie ist einerseits stark gewach-

sen und ist heute laut eigener Aussage die führende Bank im Geschäft mit ökologischen und sozialen Krediten in der Schweiz. Daneben hat sich aber auch ihr Dienstleistungsspektrum entscheidend erweitert. Heute ist es beispielsweise möglich, bei der ABS Geld in Form von Förder-Kassenobligationen anzulegen. Die ABS investiert gezielt in Projekte und Betriebe mit nachhaltiger Ausrichtung.

Für nachhaltige Projekte

Die ABS gewährt Kredite an Projekte, die ihren ethischen und ökologischen Richtlinien genügen. Die Auswahl der Projekte trifft eine Ethikkommission. Zudem werden die Vergabe der Kredite und deren Höhe im jährlichen Geschäftsbericht offen gelegt. Damit sorgt die Bank für Transparenz. Zudem bietet sie den Kundinnen und Kunden die Möglichkeit, innovative Projekte im Sozial- und Umweltbereich durch Zinsverzicht auf ihren eigenen Konti zu unterstützen.

Laura Jost, junge grüne bern



junge grüne aktiv

■ StudentInnenratswahlen Uni Bern: junge grüne gewinnen 3 Sitze

Am Donnerstagabend, 26. März 2009 war es soweit. Mit Spannung wurden die Resultate der StudentInnenratswahlen der Uni Bern erwartet. Die jungen grünen traten erstmals mit einer Liste an. Entsprechend gross war die Ungewissheit über den Ausgang der Wahl. Auf der Liste kandidierten vier Studentinnen und sieben Studenten aus den verschiedensten Studienrichtungen. Der Wahlkampf wurde auf umweltpolitische Themen ausgerichtet, weil mit dem Sozialdemokratischen Forum

und der Jungen Alternative-OP zwei Listen mit dem Fokus auf soziale Themen angetreten waren.

Um auf grossen Papierverschleiss zu verzichten, wurde mit wenigen, aber pointierten Plakaten und einer selbstgestalteten Homepage um Stimmen geworben. Als wichtig und wertvoll erwiesen sich zudem die vielen Gespräche mit den – mehr und auch weniger – politisch interessierten Mitstudierenden.

Gross war die Freude bei den anwesenden

Kandidierenden, als das Ergebnis der Wahl bekanntgegeben wurde: Drei der vier angetretenen Studentinnen – Salome Weiss, Joëlle Affolter und Sulamith Reinmann – wurden gewählt und halfen, das angestrebte Ziel um einen Sitz zu übertreffen. Gratulation! Die jungen grünen der Uni Bern werden auch über die Wahlen hinaus aktiv bleiben und den umweltbewussten und sozial engagierten Studierenden eine Plattform bieten.

Ueli Löffel, junge grüne

Keine Teilverkäufe der Energiewerke

Pleiten-, Pech- und Pannenshow

Die Thuner Grünen haben es vorgemacht und dazu beigetragen, den Verkauf der Energie Thun AG erfolgreich zu vereiteln. Nun steht in Burgdorf eine ähnliche Abstimmung an: Am 17. Mai 2009 entscheidet das Volk über den Verkauf des lokalen Energiewerks. Die Grünen haben sich massgeblich am Referendum beteiligt.

Was geschah in Thun? Statt eine umfassende Auslegeordnung zu machen, wie es in einem Postulat verlangt wurde, unterschrieb der Thuner Gemeinderat im Februar 2007 einen Vertrag mit der BKW, worin er für 55 Mio. Franken 49% der Aktien der Energie Thun AG verkaufen und für weitere 20 Mio. Franken strenge Zusammenarbeitsverpflichtungen eingehen wollte. Dieser Coup, von der Lokalpresse als Lotto-Sechser gefeiert, versetzte die Gemüter in heisse Wallung. Drei Verwaltungsräte der Energie Thun AG traten aus Protest zurück. Im Stadtrat verschärfte sich in mehreren Energiedebatten die Tonlage in selten gesehener Weise. Der Regierungstatthalter musste einen von der bürgerlichen Stadtratsmehrheit diktierten Beschluss kassieren. Das Verkaufsdossier wechselte von Ursula Halter zum Stadtpräsidenten. Unter Federführung der Gewerkschaften kam eine Rekordzahl von Unterschriften gegen den bürgerlichen Verkaufsentscheid im Stadtrat zustande. Zwei Nein-Komitees aus Gewerkschaften einerseits und GFL, SP und gemässigten bürgerlichen Kreisen andererseits führten einen engagierten Abstimmungskampf. Argumente wie energiepolitische Unabhängigkeit, Mitbestimmung vor Ort, Kooperation statt Zwangsintegration und kein Ausverkauf von Tafelsilber überzeugten das Thuner Stimmvolk. 85% lehnten im Februar 2009 das Teilverkaufsprojekt wuchtig ab.

Mit dem Kopf durch die Wand?

Ähnliches könnte sich bald in Burgdorf wiederholen: Anfang November 2008 stimmte der Stadtrat der industriellen Partnerschaft zwischen der Localnet AG und der BKW zu. Die Stadt will 49% der Aktien für 39 Mio. Franken an die BKW verkaufen. GFL, EVP und die Gewerkschaften ergriffen das Referendum. Anfang 2009 konnten mehr als das Doppelte der geforderten Unterschriften eingereicht werden.

Im März fand in Burgdorf eine Podiumsdiskussion statt, die vom Abstimmungskomitee «für eine eigenständige Localnet» organisiert wurde. Die gut besuchte Veranstaltung zeigt, dass das Thema von der Bevölkerung ernst genommen wird.

Das Abstimmungskomitee hofft nun natürlich auf ein wuchtiges NEIN zum Teilverkauf der Localnet AG am 17. Mai 2009. Thun hat es bereits vorgemacht!

Mirjam Mumenthaler-Bill, Präsidentin GFL Burgdorf
Thomas Hiltbold, Fraktionschef GFL Thun



LokalSpots

■ Regierungsstatthalterwahlen

Am Wochenende vom 17. Mai 2009 finden in fünf von zehn Verwaltungskreisen des Kantons Bern Regierungsstatthalterwahlen statt. Die Bedeutung der einzelnen Ämter hat mit der Verwaltungsreform noch weiter zugenommen. Die Aufgaben der Regierungsstatthalter wurden weitgehend beibehalten, allerdings sind die Verwaltungskreise deutlich grösser geworden. Für das Amt im grössten Verwaltungskreis des Kantons, Bern-Mittelland, hat der kantonale Vorstand der Grünen die Unterstützung des SP-Kandidaten Christoph Lerch (Foto)



beschlossen. Als Fürsprecher und Leiter des juristischen Dienstes der Berner Fachhochschule bringt er die nötige vielfältige Berufserfahrung für dieses Amt mit.

Die Grünen in der Region Thun werden die beiden Kandidaten zu einem Hearing einladen und danach über eine allfällige Parole entscheiden. Die Grünen Oberland und die Grünen Jura Bernois geben für die Kandidaten in ihren Regierungsstatthalterämter keine Empfehlung ab. In den übrigen fünf Kreisen (Biel, Seeland, Ob- und Nidertessin, Emmentaler, Frutigen-Niedersimmental) kommt es zu einer stillen Wahl.

■ Grüne Stadtratspräsidentin in Thun

Die Stadträtin und Präsidentin der GFL Stadt Thun, Renate Begré, ist zumindest für ein Jahr um ein Amt reicher. Sie ist Ende Januar 2009 zur höchsten Thunerin gewählt worden. Es ist das erste Mal, dass eine Grüne und das fünfte Mal, dass eine Frau dieses Amt inne hat. Wir gratulieren dir herzlich und wünschen dir viel Erfüllung in dieser Aufgabe.

■ Neu: AG Natur – Umwelt – Ernährung

Landschaft, Landwirtschaft, Biodiversität usw. sind Kernthemen der Grünen. Darum soll eine Arbeitsgruppe Natur – Umwelt – Ernährung geschaffen werden. Wer ist an einer ersten Brainstorming-Sitzung interessiert? Bitte melden bei Kathy Hänni, Grüne Mittelland (kathy.haenni@gigamail.ch) oder Maja Beutler, Grüne Oberland (maja.beutler@bluewin.ch).

PROGR-ABSTIMMUNG

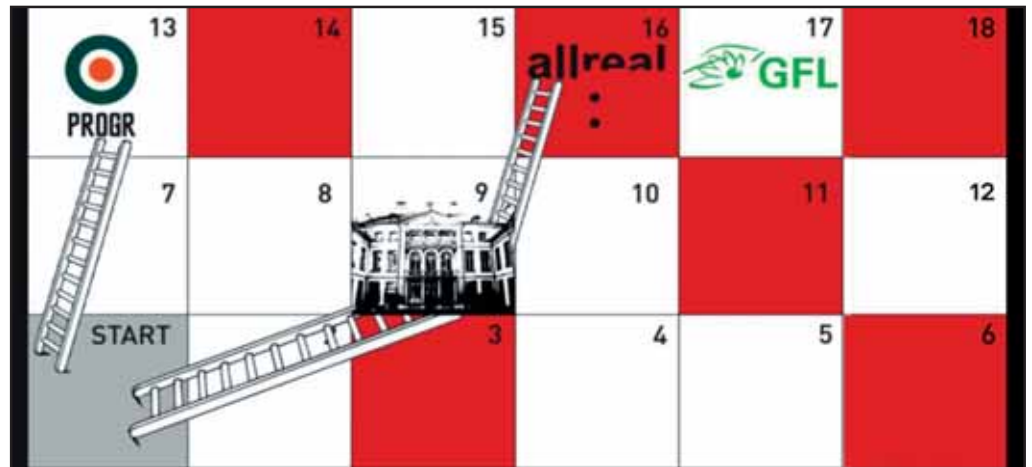
Zurück auf Feld 1



«Zwei Seelen wohnen, ach! in meiner Brust» wäre ein passender Untertitel für die Diskussion um die Parolenfassung der GFL zur Progr-Abstimmung vom 17. Mai 2009 gewesen. Die Mitglieder der GFL der Stadt Bern sahen sich an ihrer Mitglieder-Versammlung vom 27. März 2009 in einem Dilemma zwischen zwei prägenden GFL-Prinzipien: Einerseits versteht sich die Partei von Mani Matter als die Berner Kulturpartei – andererseits hatten sich die GFL und ihre Exponent/innen immer auch für saubere demokratische Prozesse und Abläufe eingesetzt – wie auch die seinerzeitigen PUK-Präsidenten Pulver und Stückelberger beweisen.

Im Vordergrund stand für die Mitglieder der Wunsch, dem Progr als Ort kulturellen Schaffens mit nationaler Ausstrahlung weiterhin eine Chance zu geben – und zweitens das Anliegen, dies im Rahmen eines sauberen Verfahrens zu tun.

Die GFL empfiehlt daher den Stimmberechtigten, den Verkauf des Progr abzulehnen. So kann das Vergabeverfahren neu aufgerollt und juristisch und demokratisch sauber durchgeführt werden. «Zurück auf Feld 1» – wie es im Leiterispiel heissen würde. Das Nein zum Verkauf bietet die Chance für alle beteiligten Parteien, ihr Gesicht zu wahren, und hält alle(!) Optionen offen. Wichtig war der Mitglieder-Versammlung zu-



dem, dass mit diesem Ergebnis der heutige Progrbetrieb vorerst - und bis zum Neustart eines sauberen und transparenten Verfahrens - weitergeführt werden kann. Für die (Eventual-)Frage, welchem Projekt bei einer Annahme des Verkaufs der Vorzug zu geben sei, haben die GFL-Mitglieder die Stimmfreigabe beschlossen. Die GFL ist überzeugt, dass sie mit ihrer Parole einen gangbaren Weg aus einer reichlich «verhachelten» Situation weist und damit ihrem Ruf als lösungsorientierte Kraft in der Stadt Bern nachkommt.

Nachtrag 08.04.09

Es kommt eigentlich nicht vor, dass die Abstimmungsbotschaft nach Verabschiedung durch den Stadtrat vom Stadtratsbüro noch geändert wird. Hier so geschehen?! Statt der Variantenabstimmung findet nun eine Alternativabstimmung statt. In der Logik der neuen Abstimmungsform heisst die Parole der GFL: Verkauf Doppelpunkt - Nein, Verkauf pro Progr - Nein, Stichfrage - Stimmfreigabe
Manuel C. Widmer, Präsident GFL

Grüne Fanarbeit



Die Medien berichten derzeit oft über Fussball-Fans, die mit aggressivem Verhalten für unschöne Bilder und grosse Ratlosigkeit sorgen. Das Grüne Bündnis hat schon 2004 an

einer Pressekonferenz seine Ideen zu diesem Problem bekannt gemacht. Ein Schwergewicht bildeten damals Prävention und professionelle Fanarbeit – Anliegen, die das gb. mit Vorstössen konkretisierte und die an der EURO 2008 mit Erfolg umgesetzt wurden.

Die Fanarbeit an der EURO wirkt nachhaltig: Mit Geldern aus dem Berner EURO-Kredit baute ein Trägerverein unter dem Präsidium von Catherine Weber (gb.) die Fanarbeit Bern im Wankdorf auf, die heute über zwei 40%-Stellen und einen Zivildienstleistenden verfügt. Der Erfolgsausweis der Fanarbeit Bern nach zwei Jahren lässt sich sehen: Der Dialog zwischen Fans und Verein ist dank verbesserter Strukturen besser geworden. Und die von der Fanarbeit organisierten SBB-Extrazüge an Auswärtsspiele sind nicht nur beliebt und überaus kostengünstig – sie verhindern auch unsinnige Einzelfahrten mit Personenwagen.

Auch wenn man Grüne nicht immer mit Sport verbindet: In der Berner Fanarbeit hat das gb. zusammen gfl-Stadträtin Su Elsener, die die Fanarbeit beim SC Bern aufbauen half, eine Erfolgsgeschichte mitgeprägt.

Urs Frieden, Stadtrat Grünes Bündnis

Sozialhilfe in der Stadt Bern

Grünes Bündnis



Falle für Rot-Grün im Kanton?

Die Sozialhilfe der Stadt Bern ist unter Dauerbeschuss von rechts. Auf die zuständige Direktorin wird geschossen, weil die Wahlniederlage für die Bürgerlichen offenbar zu schmerzhaft war.

Die Stadt Bern hat im Kampf gegen den Missbrauch der Sozialhilfe aufgerüstet: Die Sozialdienste wurden stark auf Kontrolle und Restriktionen ausgerichtet. Ein Sozialinspektorat wurde eingeführt und zusätzliches Personal zur Abklärung der Subsidiarität angestellt. Drei JuristInnen unterstützen die Sozialarbeitenden beim Verfassen von Verfügungen, bei der Behandlung von Beschwerden und bei der Geltendmachung von Versicherungsleistungen. Die Unterstützungspraxis der Stadt ist ausgesprochen restriktiv geworden. Die Anzahl der gutgeheissenen Beschwerden gegen Entscheide des Sozialdienstes steigt. Darunter sind auch Sanktionen bis hin zu ungerechtfertigten Einstellungen der Sozialhilfe. Die Beratung, Betreuung und Förderung der Armutsbetroffenen leidet zunehmend unter den politischen Angriffen und dem einseitigen Einsatz der Mittel.

Genauer hinschauen

Die Erfüllung ihrer Forderungen hat auf die rechte Kampagne kaum Einfluss – es wird nicht

genau hingeschaut. Stattdessen werden die immer gleichen Vorwürfe gebetsmühlenartig wiederholt, ähnliche parlamentarische Vorstösse eingereicht und vergangene Stadtratsdebatten rezykliert. Es geht nur noch um den Kopf der zuständigen Gemeinderätin. Die VerliererInnen der Gemeinderatswahlen haben ihre Niederlage schlecht verdaut. Nun soll das Ergebnis mit dem geforderten Rücktritt der zuständigen Gemeinderätin korrigiert werden.

Auswirkungen auf den Kanton

Der Anreiz, sich an der rechten Kampagne zu beteiligen, ist gross, denn die Unterstützung durch die Medien steht fest. Die SP würde eine Beteiligung der Grünen an der unfairen Kampagne gegen Gemeinderätin Edith Olibeth nicht akzeptieren. Eine Retourkutsche bei den Regierungsratswahlen 2010 wäre unvermeidlich.

Gemeinsam hat Rot-Grün gute Aussichten auf die Verteidigung der Regierungsmehrheit im Kanton. Alle Grünen tun deshalb gut daran, auch auf lokaler Ebene Gemeinsamkeiten zu stärken.

*Hasim Sancar, Co-Fraktionspräsident
Grünes Bündnis/Junge Alternative*

Rückblick Bildungstagung

Vertrauen und Unterstützung!

Fast 100 Teilnehmende haben am 7. März 2009 den Weg in den Campus Muristalden zur grünen Tagung «Welche Schule wollen wir?» gefunden. Dies zeigt, dass die Bildung im Brennpunkt der politischen Diskussion steht.

In verschiedenen Referaten wurden die aktuelle Situation des Bildungswesens analysiert und Visionen skizziert. Dass dabei das Thema Integration im

Vordergrund stand, ist kein Zufall – die Umsetzung des Integrationsartikels 17 im kantonalen Volksschulgesetz wird für Schülerinnen und Schüler, Lehrpersonen und Eltern spürbare Folgen haben.

Beispiel aus Köln

Ausgiebig wurde die Ganztagschule Holweide-Köln vorgestellt. Da werden 6 von 9 Jahrgangsklassen altersgemischt (5. – 10. Klasse) geführt. In jeder

Klasse werden bis zu 5 Kinder mit «sonderpädagogischem Förderbedarf» integriert, seien das nun körperliche- oder Lernbehinderungen oder andere Ansprüche. In Köln wird die Heterogenität dieser Klassen als Chance verstanden und genutzt.

Neue Ansätze beim Kanton

Als kleiner Höhepunkt – nach dem Referat des Rektors der Pädagogischen Hochschule Bern, Hans Peter Müller – darf sicher der Auftritt von Bernhard Pulver gewertet werden. Pulver skizzierte einen pragmatischen Weg zu einer integrativen Schule mit individuelleren Bildungswegen mit Basisstufe, jahrgangsgemischten Klassen bis hin zur durchmischten und integrativeren Oberstufe. In seinem Referat forderte er ein Schulumfeld, in dem es Schülerinnen und Schülern sowie Lehrpersonen gleichermaßen «wohl» ist. Schülerinnen und Schüler sollen nach ihren jeweiligen Neigungen und Begabungen gefördert werden. Dahin will er mit neuen Ansätzen kommen: Vertrauen als Basis der Arbeit in der Schule und Unterstützung da, wo sie gebraucht wird. Das Vertrauen der Zuhörerinnen und Zuhörer hat Pulver jedenfalls mit seiner Skizze der «Schule der Zukunft» gewonnen.

Manuel C. Widmer, Präsident GFL,
Lehrer und Tagesschulleiter in Bern



Aktiv

■ GFL-Zollikofen: Erfolgreicher Einsatz für gute Schulen

In Zollikofen haben sich eine Schulkommission und der Gemeinderat über das demokratisch beschlossene Schulreglement hinwegsetzen wollen, das für jedes der drei Primarschulhäuser eine eigene Schulleitung vorsieht. Das engagierte Lehrerkollegium des hauptbetroffenen Schulhauses Steinibach wehrte sich dagegen. Und die Grüne Freie Liste Zollikofen gelangte mit einer aufsichtsrechtlichen Anzeige ans Regierungsstatthalteramt. Dieses gab dem Einspruch der GFL vollumfänglich recht und verfügte, dass die Schulleitungen in Zollikofen weiterhin dezentral organisiert sein müssen und insbesondere auch das Steinibach-Schulhaus eine eigene Schulleitung behalten soll. Weiter stellte das Statthalteramt fest, dass der Gemeinderat von Zollikofen seine Aufsichtspflicht missachtet und die Schulkommission geltendes Recht verletzt habe. Die

GFL Zollikofen führt ihren Einsatz für gute Schulen nun auf der politischen Ebene weiter und fordert eine breite öffentliche Diskussion über die Schulorganisation und Bildungsstrategie der Gemeinde.

Weitere Infos: www.gfl-zollikofen.ch

■ Sammelaktionen im ganzen Kanton

Für unsere Initiative BERN erneuerbar finden in nächster Zeit überall im Kanton Unterschriftensammlungen statt. Wer sich beteiligen möchte, kann sich auf www.gruenebern.ch informieren, wo die nächste Aktion stattfindet oder mit der Geschäftsstelle Kontakt aufnehmen (sekretariat@gruenebern.ch). Die unten aufgeführte Liste ist nicht vollständig:

- 1. Mai 15-23h auf dem Bundesplatz in Bern
- 6. und 16. Mai 9-12h auf der Mühlebrücke in Biel
- 5.6./6.6. 24h-Sammeln der jungen grünen
- 6.6. 10-14h Marktgasse in Langenthal
- 6.6. vormittags in Burgdorf

Termine

- 06.05.2009: MV Grüne Biel zur Wirtschaftskrise mit Referent Beat Ringger (Denknetz), 18.30 Uhr im Restaurant Romand, Parkweg 10, Biel
- 19.05.2009: MV GFL Zollikofen, 19.30 Uhr Restaurant Kreuz, mit öffentlichen Vortrag von Marie Müllener, WWF-Riverwatch-Aktivistin
- 09.06.2009: Treffen für Neumitglieder und Interessierte, 19 Uhr, Monbijoustrasse 61, Bern.
- 11.06.2009: MV Grüne Wohlen, 19.30 Uhr Kipferhaus Hinterkappelen
- 18.8.2009: DV der Grünen Kanton Bern, 19 Uhr, Burgdorf
- 28.08.09: Fest Grüne Münsingen, 19.00 Uhr Ökogärtnerei Maurer in Münsingen. Gastreferent Bernhard Pulver spricht über Harmos



Impressum

Redaktion: Sabine Zaugg, Simon Röthlisberger
 Grafik: www.muellerluetolf.ch, www.transform.ch
 Layout: TransForm
 Foto: Franziska Scheidegger (Seite 2),
 Kaspar Schiltknecht (Seite 8)
 Druck: Schlaefli & Maurer AG, Interlaken
 Auflage: 6500
 Redaktionsschluss Nr. 12: 31. Juli 2009

Neue Revision Asyl- und Ausländergesetz

Symbolpolitik und Verschärfung

Die Migrationsgesetzgebung ist eine viel beak-
kerte politische Spielwiese. Die geplanten Ver-
schärfungen sollen die Schweiz weniger attraktiv
für Asylsuchende machen und ein «effizienter-
es» Asylverfahren bewirken.

Ein Hauptargument für die Revision des Asyl- und
Ausländergesetzes ist die steigende Zahl Asylsu-
chender. Letztes Jahr wurden mehr als doppelt so
viele Asylgesuche eingereicht wie im Vorjahr. Der
Kanton Bern hat darum eine «Notsituation» ausge-
rufen. Das Argument der hohen Gesuchszahlen für
eine neue Gesetzesrevision greift aber zu kurz: Die
Anzahl Asylgesuche 2008 liegt unter dem Schnitt
der letzten acht Jahre. Die Unterkünfte für Asylsu-
chende wurden knapp, weil aufgrund falscher

Schätzungen Unterkünfte geschlossen wurden.
Die Notsituation ist hausgemacht und kann nicht
als Begründung für die Verschärfung herhalten.

Menschenrechtskonform?

Werden die vorgeschlagenen Änderungen umge-
setzt, erhalten Wehrdienstverweigerer und Deser-
teure in Zukunft kein Asyl mehr. Diese Beschrän-
kung des Schutzes ist insofern symbolisch, als dass
Deserteure auch weiterhin nicht ausgeschafft wer-
den, wenn ihnen unmenschliche Behandlung droht.
Sie werden «vorläufig aufgenommen».

Auch soll es nicht mehr möglich sein, Asylgesuche
auf Schweizer Botschaften zu stellen. Es wird in
Kauf genommen, dass Asylsuchende die Dienste
von Schleppern in Anspruch nehmen müssen und
z.B. beim Überqueren des Mittelmeers ihr Leben
riskieren. Weiter sollen «missbräuchliche politi-
sche Tätigkeiten», die «einzig» ausgeübt werden,
sich einen Fluchtgrund zu verschaffen, sanktio-
niert werden. Das Grundrecht auf freie Meinungs-
äusserung wird dadurch tangiert.

Verlässlich schützen?

Die Revision ist davon geprägt, Menschen auf der
Flucht abzuhalten, in die Schweiz zu kommen. Die
eigentlichen Kernanliegen des Asylsystems – Ver-
folgte zu schützen und humanitäres Handeln, z.B.
eine faire Härtefallregelung – sind eindeutig aus
dem Blickwinkel geraten.

Simon Röthlisberger, Ethnologe

Hart bei Härtefällen



Ein Jahr nach dem voll-
ständigen Inkrafttreten
des revidierten Asylge-
setzes und des neuen
Ausländergesetzes folgt
bereits die nächste Runde:
Evelyne Widmer-Schlumpf

plant weitere Verschärfungen.

Der Kanton Bern sagt einfach Ja und Amen dazu,
hat keine eigene Linie, keine eigene Härtefall-
politik zur Regularisierung von Sans-Papiers
und ehemaligen Asylsuchenden. Fünf Kantone
haben eine Härtefallkommission, wir leider
nicht. Der Regierungsrat und der Grosse Rat
haben unseren entsprechenden Antrag abge-
lehnt. Trotz rot-grüner Regierung gehören wir
zu den getreuen Dienern des Bundes. Natürlich
hat Regierungsrat Käser in den letzten zwei Jah-
ren 190 Regularisierungsgesuche beim Bund
gestellt. Wir sind also weniger restriktiv als der
Kanton Zürich. Vergleichen wir aber mit dem
Kanton Waadt, der in derselben Zeit 600 Gesuche
an den Bund weitergeleitet hat, so sieht es nicht
erfreulich aus! Ich bin enttäuscht über unsere
Regierung. Die rot-grüne Mehrheit könnte eigene
mutige Akzente für mehr Menschlichkeit setzen.

Marianne Morgenthaler, Grossrätin



AZB, 3000 Bern 1

Grüne Kanton Bern
Monbijoustrasse 61
Postfach 1066
3000 Bern 23
Telefon 031 311 87 01
Adressänderungen bitte nicht melden

Ich interessiere mich für Grüne Politik.
Bitte nehmt mit mir Kontakt auf.

Ich möchte Mitglied werden

E-mail

Unterschrift

Parolen

■ National

Für die Abstimmung vom 17. Mai 2009 haben die Delegierten folgende Parolen beschlossen:
NEIN zur Einführung von elektronisch gespeicherten biometrischen Daten im Schweizer Pass,
JA zum Gegenentwurf zur zurückgezogenen Volksinitiative «Ja zur Komplementärmedizin».
Die Delegiertenversammlung beschloss zudem mit grossem Mehr bei 2 Gegenstimmen das
Referendum «Nein zur Revision des Gesetzes über die berufliche Vorsorge» zu unterstützen.

■ Kantonal

Keine kantonalen Abstimmungsvorlagen am 17. Mai 2009.

■ Stadt Bern

GFL und GB empfehlen JA zu Zonenplan Bern-West und JA zur Reform des parlamentarischen
Kommissionswesens.

Alternativabstimmung zum ehemaligen Progymnasium am Waisenhausplatz 30:

Die GFL sagt NEIN zum Verkauf an Doppelpunkt und NEIN zum Verkauf an die Künstlerinitiative
pro Progr. Bei der Stichfrage empfiehlt die GFL Stimmfreigabe.

Das GB sagt JA zum Verkauf an die Künstlerinitiative pro Progr, NEIN zum Verkauf an
Doppelpunkt, bei der Stichfrage: Künstlerprojekt.

Beide Stadtparteien sagen JA zu Sarz.